DER FALL NIASSA IN MOSAMBIK:

Über die Firma Chikweti Company investiert der Global Solidarity Forest Fund in Tannen- und Eukalyptusplantagen in der Provinz Niassa in Mosambik. Unter den Aktionären befinden sich die schwedische und norwegische Lutherische Kirche sowie der niederländische Pensionsfonds ABP. Die Regierung von Mosambik hat der Chikweti Company die Erlaubnis erteilt, 30.000 Hektar Land zu bestellen. Der Konsultationsprozess der lokalen Bevölkerung im Vorfeld der bereits konzessionierten Fläche war mangelhaft. Das Unternehmen konsultierte einzig die Dorfvorsteher, außerdem wurden Arbeitsplätze versprochen. Da die Gemeinden nicht angehört wurden, lehnt sich die lokale Bevölkerung seither gegen ihre eigene Führungsriege auf.

Als das Unternehmen sich für die Landkonzession bewarb, behauptete es, nur marginalisiertes Land zu nutzen. Tatsächlich eignete es sich erstklassige landwirtschaftliche Flächen an. Als das Unternehmen auf Gemeindeland in Maniamba eindrang, versprach es Entschädigungszahlungen, die aber nie gezahlt wurden. Die Gemeindemitglieder rissen aus Protest die neu gepflanzten Bäume der Plantage aus, woraufhin die Polizei eingeschaltet wurde, um diese zu beschützen. Auch in der Gemeinde Licole gab es Konflikte, die in der Vertreibung der ansässigen Bevölkerung endeten.

DER FALL KOH KONG IN KAMBODSCHA:

In Kambodscha wurden in den letzten Jahren vier Millionen Hektar in Form von Landkonzessionen vergeben, zwei Millionen davon für die industrielle Landwirtschaft. Der folgende Fall ist daher nur einer unter vielen. 2006 wurden in der Provinz Koh Kong 19.100 Hektar Land an eine Joint Venture aus nationalen und internationalen Investoren „vergeben". Das Land wurde in Zuckerrohrplantagen umgewandelt, um Zucker für die EU zu produzieren. Die Plantagenbetreiber ignorierten schlichtweg die Tatsache, dass auf und von diesem Land etwa 450 Familien lebten. Als Protest aufkam, zerstörte die Polizei die Anbauflächen und Häuser der lokalen Familien mit Bulldozern und attackierte DorfbewohnerInnen, die sich gegen die Räumung wehrten. Dies geschah trotz der nationalen Landgesetzgebung, die Landkonzessionen von über 10.000 Hektar Größe verbietet. Die lokale Nahrungsmittelproduktion wurde zerstört und das Recht auf Nahrung der lokalen Gemeinden wurde verletzt.

TRANSNATIONAL INSTITUTE
De Wittenstraat 25
1052 AK Amsterdam
THE NETHERLANDS
tni@tni.org
www.tni.org

FIAN NETHERLANDS
De Wittenstraat 25
1052 AK Amsterdam
THE NETHERLANDS
fian@fian-nederland.nl
www.fian-nederland.nl

FIAN INTERNATIONAL
Willy Brandt-Platz 5
69115 Heidelberg
GERMANY
www.fian.org

FIAN GERMANY
Briedeler Straße 13
50969 Köln
GERMANY
fian@fian.de
www.fian.de

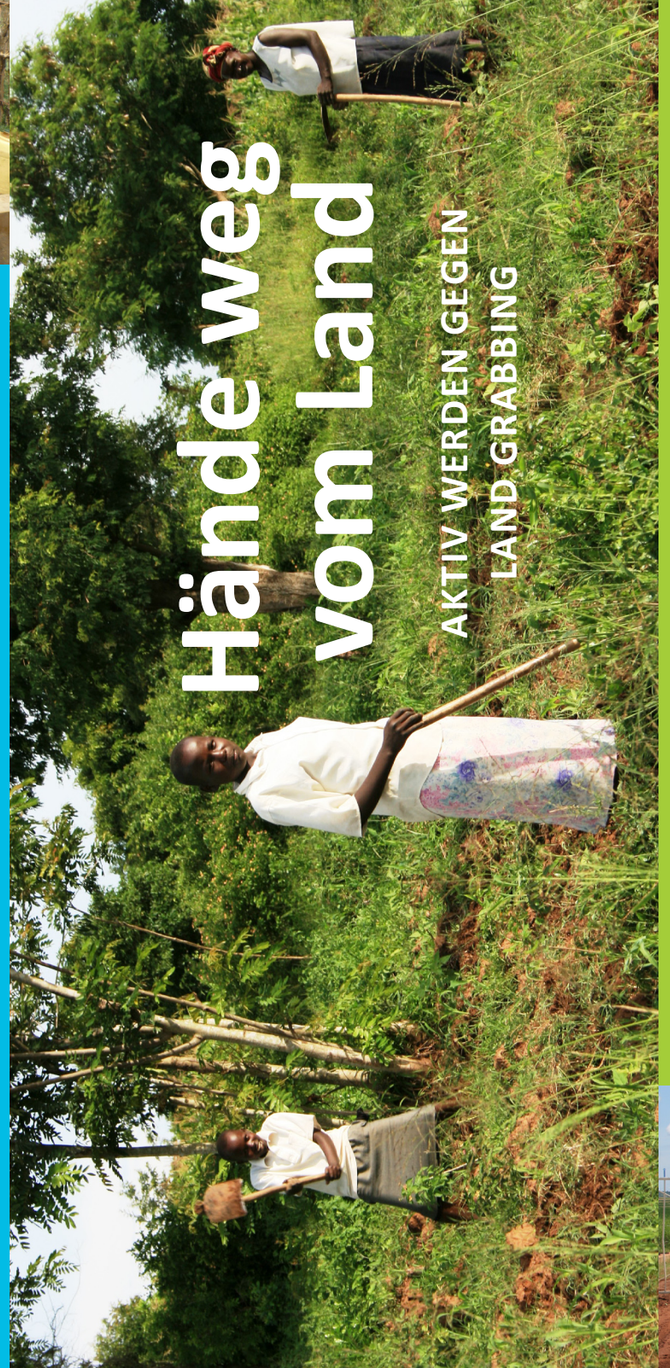
FIAN AUSTRIA
Schwarzspanierstr. 15/3/1
1090 Wien
AUSTRIA
office@fian.at
www.fian.at

FDCL
Forschungs- und
Dokumentationszentrum
Chile - Lateinamerika
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
GERMANY
info@fdcl-berlin.de
www.fdcl-berlin.de
www.land-grabbing.de

INSTYTUT GLOBALNEJ ODPOWIEDZIALNOSCI (IGO)
ul. Bachmacka 1/11
02-647 Warszawa
POLAND
igo@igo.org.pl
www.igo.org.pl

Produziert mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission (EC). Die Inhalte geben ausschließlich die Meinung von TNI/FIAN/IGO/FDCL und nicht die der Europäischen Kommission wider.

design: www.myr.nl



Hände weg vom Land

AKTIV WERDEN GEGEN LAND GRABBING

HÄNDE WEG VOM LAND – AKTIV WERDEN GEGEN LAND GRABBING

Der Druck auf Ackerland und natürliche Ressourcen steigt – angeheizt durch eine ganze Reihe globaler Krisen: Finanzkrise, ökologische Krise, Energie- und Nahrungsmittelkrise. Betroffen sind riesige Anbauflächen in Ländern des globalen Südens, der ehemaligen Sowjetunion und in osteuropäischen Ländern. Diese werden gekauft oder gepachtet um Nahrungsmittel oder Pflanzen für Agrartreibstoffe anzubauen, forstwirtschaftliche Produkte zu erzeugen oder aber natürliche Ressourcen auszubeuten. Hauptakteure bei diesem globalen Wettlauf um Land und Ressourcen sind dabei große Privatunternehmen. Aber auch Regierungen unterstützen oder sind aktiv an Land Grabbing beteiligt.

Trotz wiederholter gegenteiliger Versprechen führt der neue Landrausch immer wieder zu Zwangsenteignungen, Vertreibungen und Zerstörung kleinbäuerlicher Lebensgrundlagen. Menschenrechte, wie das Recht auf Land, Nahrung und Wasser, werden dabei verletzt. Gewaltsame Konflikte um Land und Ressourcen nehmen zu. Das alles untergräbt einerseits die lokale Ernährungssicherheit, andererseits werden natürliche Ressourcen in einem Ausmaß und einem Tempo verschmutzt und zerstört wie noch nie zuvor. Deshalb muss Land Grabbing gestoppt werden!

WAS IST LAND GRABBING?

Von Land Grabbing wird gesprochen, wenn private oder staatliche Investoren große Ländereien aufkaufen oder über lange Zeiträume pachten, die von der lokalen Bevölkerung zur kleinbäuerlichen Nahrungsmittelerzeugung, Viehwirtschaft, zum Jagen oder Sammeln genutzt werden. Diese „Landdeals" entziehen der lokalen Bevölkerung die Kontrolle über große Landstriche und setzen die Nahrungsmittelproduktion lokaler Haushalte und Märkte aufs Spiel. Die traditionelle Landnutzung wird hin zu einer umweltzerstörenden, kapitalintensiven und industriellen Produktion in Monokulturen verschoben, welche die globalen Märkte mit billigen Nahrungsmitteln, Agrartreibstoffen und anderen Agrarrohstoffen versorgt.

WAS IST NEU AN DER LANDNAHME?

Seit der Kolonialzeit haben sich Großunternehmen im globalen Süden großer Landflächen ermächtigt, um darauf gewinnbringend Kaffee, Kakao oder Bananen für den Export anzubauen. Heute werden aber nicht mehr nur diese sogenannten Cash Crops angebaut, sondern Grundnahrungsmittel wie Weizen, Reis und Mais. Neu sind außerdem das Ausmaß und die Geschwindigkeit des Landerwerbs sowie die dabei zu beobachtende massive Umgehung von Landrechten. Das Fehlen von Transparenz in den Geschäftsverhandlungen über die Landdeals erschwert es darüber hinaus herauszufinden, über wie viel Land tatsächlich verhandelt wird oder bereits Verträge abgeschlossen wurden. Der Weltbank-Ökonom Klaus Deininger schätzt, dass derzeit über zehn bis 30 Prozent der weltweit landwirtschaftlich nutzbaren Fläche verhandelt wird – 70 Prozent davon in Afrika.

WO FINDET LAND GRABBING STATT?

Afrika steht im Fokus der neuen Landnahme, da Land dort sehr billig zu haben ist. Aber auch Asien, Lateinamerika und Länder wie zum Beispiel Rumänien, Ukraine oder Russland sind betroffen. Land Grabbing findet mehrheitlich in Ländern statt, die von der Nahrungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) als Länder mit unsicherer Ernährungssituation eingestuft wurden: u.a. Äthiopien, Mosambik, Mali, Sudan, Kambodscha oder Myanmar. Die Landwirtschaft in diesen Ländern wird von Kleinbäuerinnen und -bauern getragen. Diese besitzen, ebenso wie NomadInnen und indigene Gruppen, oftmals keine offiziellen Landtitel. Ihre Gewohnheitsrechte für gemeinschaftliche Landnutzung und -besitz werden bei den Landdeals schlichtweg ignoriert.

WAS SIND DIE URSACHEN VON LAND GRABBING?

Die wachsende Weltbevölkerung – erwartete neun Milliarden bis 2050 – und die Auswirkungen des Klimawandels rücken Land ins Zentrum ökonomischer Interessen. Als Folge der globalen Nahrungsmittelpreiskrise von 2008 haben Staaten, die von Nahrungsmittelimporten abhängig sind, angefangen große Ackerflächen in anderen Ländern zu kaufen oder zu pachten, um dort Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung zu produzieren. Zusätzlich wird die Nachfrage nach Agrartreibstoffen künstlich hoch gehalten, z.B. durch die EU-Richtlinie für erneuerbare Energien (RED). Dadurch wird Land Grabbing zusätzlich angefeuert und die weltweite Ernährungssicherheit weiter gefährdet. Die globale Finanzkrise ist eine weitere Triebfeder: Agrarinvestitionen werden als sichere Geschäftsmöglichkeiten angesehen, die lukrative Gewinne versprechen. All diese Faktoren erhöhen den Druck auf natürliche Ressourcen weltweit. Die Antwort der Politik wird wie so oft in Form neoliberaler Wirtschaftspraxis gegeben: Privatisierung und internationale Investitionsabkommen machen die Ressource Land zur global verhandelbaren Ware.

DIE AKTEURE

Die Akteure im globalen Run aufs Land sind so zahlreich wie die treibenden Kräfte dahinter. Vier Hauptgruppen können identifiziert werden: Großunternehmen, private Investitionsfonds (Banken, Pensions- und Hedge-Fonds), staatliche Investitionsfonds und Finanzinstitutionen (Entwicklungsfonds, Entwicklungsbanken und -Agenturen, Weltbank) sowie nationale Regierungen. Die erste Gruppe sichert sich die Rechte über den größten Teil der Landflächen. Sie investiert vor allem in Ackerland zur Gewinnung und Nutzung von Ressourcen sowie in die dazugehörige Infrastruktur. So sichern sich Agrarunternehmen komplette Produktions- und Handelsketten von Nahrungs- und Energiepflanzen wie Zuckerrohr, Mais, Palmöl, Jatropha oder Viehfutter wie Soja. Auch die zweite Gruppe akquiriert immer größere Landflächen in armen Ländern. Die dritte Gruppe liefert die Investitionen für sogenannte Entwicklungsprojekte, Privatunternehmen übernehmen dann die Produktion. Die vierte und kleinste Gruppe sind Regierungen, die direkt mit anderen Regierungen Pachtverträge aushandeln. Korrupte Regierungen und schwache Institutionen in den Zielländern vereinfachen ausländische Landaneignungen; nationale Eliten und Unternehmen profitieren von solchen Geschäften.

DIE ARGUMENTE DER LAND GRABBER

Transnationale Landaneignungen werden auf unterschiedliche Weisen gerechtfertigt und verpackt, um sie für die Zielländer und die betroffene Bevölkerung attraktiv erscheinen zu lassen. Es wird argumentiert, dass die Investitionen Technologietransfer fördern und Arbeitsplätze schaffen, die lokale und nationale Wirtschaft ankurbeln sowie die Ernährungssicherheit steigern, während sich gleichzeitig um die Umwelt und lokales Ressourcenmanagement gekümmert werden soll. Entsprechend erwartet die lokale Bevölkerung, dass die Landinvestitionen zu einer dauerhaften Verbesserung ihrer Lebensumstände führen. Doch ihre Hoffnungen werden nie oder in den wenigsten Fällen erfüllt. Land Grabber behaupten außerdem oft, dass „brachliegende“ oder „marginalisierte“ Landflächen nun endlich kultiviert und genutzt würden. Jedoch werden Flächen oft fälschlicherweise als „brach“ und „unproduktiv“ bezeichnet, in Wahrheit werden sie von NomadInnen sowie Bäuerinnen und Bauern extensiv bewirtschaftet oder gemeinschaftlich genutzt. Frauen, die Nahrungsmittel, Brennholz oder medizinische Pflanzen sammeln, sind davon besonders betroffen.

KONSEQUENZEN FÜR DIE ZIELLÄNDER

Land Grabbing hat enorme soziale, wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen in den Zielländern. Die Landrechte für den Anbau von Grundnahrungsmitteln sowie traditionelle Weide-, Wasser- und andere Zugangsrechte der lokalen Bevölkerung werden verletzt. Durch den großflächigen Anbau in Monokulturen wird die Lebensgrundlage von Kleinbäuerinnen und -bauern aber auch ganzer Gesellschaften zerstört. Die Konsequenzen sind Migration oder Zwangsumsiedlung, aber auch Widerstand und schwere Konflikte um Land, Wasser und Wälder. Auch die negativen Folgen für Umwelt und Klima durch verstärkte Bewässerung, Entwaldung, Monokulturen und intensiven Gebrauch von Pestiziden sowie chemischen Düngern sind enorm.

LAND GRABBING UND MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Menschenrechte, im Besonderen das Recht auf Nahrung und Wasser sowie die Rechte der indigenen Gemeinden, haben Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Interessen, Handels- oder Investitionsabkommen. Artikel 1 des UN-Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte besagt: „In keinem Fall darf ein Volk seiner Existenzgrundlage beraubt werden“. Land, Wasser, Wälder und Saatgut sind die Lebensgrundlage für die ländliche Bevölkerung in Entwicklungsländern und gleichermaßen die Basis für nationale Ernährungssicherheit. Fallstudien belegen, dass Land Grabbing das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser verletzt und gefährdet sowie die Möglichkeit der betroffenen Menschen untergräbt, sich einen angemessenen und menschenwürdigen Lebensstandard aufzubauen. Darüber hinaus darf gemäß der ILO Konvention 169 und der UN-Erklärung für die Rechte indigener Völker jegliche Maßnahme, die sich auf Nutzungsrechte indigener Territorien auswirken könnte, nur getroffen werden, wenn vorab die freie und informierte Zustimmung von Seiten der indigenen Bevölkerung erfolgt. Regierungen haben die Pflicht sicherzustellen, dass diese Rechte nicht durch Landdeals beschnitten werden. Gerade indigene Gruppen sind jedoch immer stärker gefährdet, da Land Grabbing verstärkt auf ihre Territorien abzielt.

WO LIEGT DIE EUROPÄISCHE VERANTWORTUNG?

In frühen Studien zu Land Grabbing wurden staatliche und private Investoren aus Schwellenländern wie Katar oder China als Hauptakteure identifiziert. Es wird aber immer deutlicher, dass auch viele europäische Länder eine treibende Kraft im globalen Landrausch sind:

- Etwa 40 Prozent aller Fonds, die in Land investieren, sind in Europa ansässig;
- Die europäische Agrartreibstoff-Politik (Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED) befeuert Land Grabbing;
- Dutzende europäische Privatunternehmen eignen sich Landflächen im globalen Süden an;
- Europäisches Investitionsrecht schützt einseitig die Investoren und ignoriert Menschenrechte;
- Europäische Entwicklungszusammenarbeit bevorzugt Landinvestitionen gegenüber dem Schutz des Zugangs zu Land für die lokale Bevölkerung;
- Unser Konsumverhalten beruht auf Billigproduktion und nicht nachhaltiger Nutzung landwirtschaftlicher Ressourcen (z.B. Futtermittel).

AKTIV WERDEN GEGEN LAND GRABBING

Vor diesem Hintergrund zielt das Projekt „Hände weg vom Land – Aktiv werden gegen Land Grabbing” darauf ab, das Bewusstsein über Land Grabbing in der europäischen Öffentlichkeit und bei politischen EntscheidungsträgerInnen zu schärfen. In diesem Rahmen werden Studien zu Fällen von Land Grabbing in Mali, Mosambik, Sambia, Kolumbien und Kambodscha erstellt und einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Zusätzlich werden öffentliche Veranstaltungen, Rundreisen, Lobby-Treffen, Aktionen und Medienberichte organisiert.

Mach mit und werde aktiv gegen Land Grabbing:

- Geh auf die Website der Organisation in deinem Land und erfahre mehr über Land Grabbing;
- Informiere dich dort über bevorstehende Veranstaltungen, Aktionen und Briefkampagnen;
- Melde dich für eine Mailingliste zu Land Grabbing an, indem du eine E-Mail an die Organisation in deinem Land schickst;
- Frage deine Bank, ob sie in landwirtschaftliche Flächen investiert oder in Unternehmen, die Land kaufen oder pachten;
- Unterstütze lokale Produktions- und Konsummuster! Kaufe regionale oder faire Nahrungsmittel;
- Erzähle deinen FreundInnen von Veranstaltungen und Aktionen gegen Land Grabbing!